



Der SPD-Ortsverein Friedberg wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern alles Gute für das Jahr 2020!

Zu unserem Neujahrsempfang am 23.01.2020 um 19:00 Uhr in der Stadthalle Friedberg laden wir Sie ganz herzlich ein.

Als Referenten begrüßen wir in diesem Jahr den SPD-Bezirksvorsitzenden Hessen-Süd und stellvertretenden Landesvorsitzenden Kaweh Mansoori.

Auf dem Beiblatt zu dieser Einladung finden Sie Informationen zu zwei politischen Themen der Friedberger Kommunalpolitik inklusive unserer dazugehörigen Standpunkte. Gerne können wir diese bei persönlichen Diskussionen im Rahmen der Veranstaltung weiter vertiefen.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Im Namen des Ortsvereins der SPD Friedberg

Jürgen Volz
(Ortsvereinsvorsitzender)

Evelyn Weiß
(Stellv. Ortsvereinsvorsitzende)

Michael Kesselring
(Stellv. Ortsvereinsvorsitzender)

Bitte um Anmeldung bis 19.01.2020!

Jürgen Volz
Tel.: 0175 – 9168821
info@spd-friedberg.de

SPD denkt über Sanierung nach

Rack: Ja zur Offenlage in Taunusstraße ist noch kein Nein zum Standort Wintersteinstraße

Friedberg (jw/pm). Die Stadtverordneten haben die Offenlage des Bebauungsplans für den Neubau einer Kita in der Taunusstraße beschlossen. Auch die SPD hat mit Ja gestimmt (mit Nein votierten Grüne und UWG). Die Offenlage sei ein übliches Verfahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, schreibt SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Klaus-Dieter Rack in einer Presseerklärung. Dies heiße aber »nicht zwangsläufig, dass am Ende auch ein Satzungsbeschluss steht«.

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagabend wurde so rasch zur Abstimmung aufgerufen, dass sich keine Diskussion ergab. »Auch diejenigen (hier FDP und Grüne), die in den Ausschüssen noch ihre ablehnende Position für den Verbrauch von wertvollem Ackerland für das Taunusstraßen-Projekt verdeutlichten, zögerten mit der Wortmeldung einen Moment zu lange, sodass der Stadtverordnetenvorsteher zur Abstimmung aufrief«, schreibt Rack.

Die politische Debatte um das Projekt sei aber nicht zu Ende. »Sofern in Monaten (wohl Februar 2020) tatsächlich ein Satzungsbeschluss zum Bau einer Kita Taunusstraße stehen sollte, muss den schon im Hintergrund zirkulierenden Vorstellungen von einer Wohnbebauung links und rechts der möglichen Kita eine klare politische Absage erteilt werden«, schreibt Rack. Außer für die mögliche Kita dürfe es an dieser Stelle keinen weiteren Verbrauch von Nutzland geben.

Der Weg zur Kita Taunusstraße sei auch nicht in Stein gemeißelt. Rack: »Es gibt erwägenswerte Initiativen und Vorstellungen von bausachverständigen Fachleuten aus Friedberg, die eine Sanierung der zwar denkmalgeschützten, aber sich baulich in einem bedenklichen Zustand befindenden Kita Wintersteinstraße für möglich und finanzierbar halten.« Für die Kita Taunusstraße seien im Etat 2020 vorerst 3 Millionen Euro vorgesehen, in der Verwaltung wurde informell gar schon von 3,9 Millionen für den Zeitraum 2020 bis 2022 gesprochen.

Für die Friedberger SPD und wohl auch für die UWG stelle sich deshalb die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, diese Mittel in die Sanierung der Kita Wintersteinstraße fließen zu lassen. »Zumal das Gebäudegutachten, das die evangelische Kirchengemeinde im Frühjahr 2018 eingeholt hat, von 1,7 Millionen Euro Sanierungskosten ausgeht (davon knapp 1 Million für die Kita).«

Die Stadt werde kein Gebäude der Kirche ertüchtigen. Deshalb müsse die Zeit der Offenlage genutzt werden, um Stadt, evangeli-



Die Debatte um die Kita Wintersteinstraße gleicht einem ewigen Auf und Ab: Neubau oder doch Sanierung? (Foto: Nici Merz)

sche Kirchengemeinde bzw. Dekanat Wetterau, Untere Denkmalschutzbehörde und Baufachleute an einen Tisch zu bekommen, sagt Rack. »Die Zeit des Übereinander-Redens und der wechselseitigen Zuweisungen von Versäumnissen und Schuld, wie zuletzt negativ zugespitzt zwischen dem Dekanat und dem Kita-Dezernenten, muss einer Zeit des kooperationswilligen Miteinander-Redens weichen.«

Wie es weitergehen sollte

Rack schlägt folgende Schritte vor: Es sollte möglichst bald eine zweite baufachliche Begutachtung zum Zustand und zur möglichen Sanierung der Kita Wintersteinstraße eingeholt werden. Das schon einmal vorgebrachte Angebot der Kirchengemeinde, der Stadt das Kita-Areal rechtlich zu übertragen, müsse ernsthaft überprüft werden. Auch

müsse der Denkmalschutz eingebunden werden. »Bisher hat dies keine Seite aktiv getan.« Da die Kirchengemeinde das Gemeindezentrum auf die Kaiserstraße verlegen will, seien die bisherigen Räume auch in Nutzungsüberlegungen für eine Kita-Erweiterung einzubeziehen.

Rack: »Es ist noch nicht zu spät, den Fokus auf die Kita Wintersteinstraße zu richten.« Eine Sanierung sei jedenfalls schneller zu realisieren als ein Neubau. »Nun müssen Gespräche aufgenommen werden, mit dem ernsthaften Bemühen von Stadt und Dekanat, auch über den Termin der Kündigung des Kita-Betriebs in der Wintersteinstraße zum 31. Juli 2020 hinaus in der seit vielen Jahren bewährten Kinderbetreuung zusammenzuarbeiten.« Es stelle sich allerdings die Frage, »ob die zuletzt mehrfach aufeinandergeprallten Exponenten beider Seiten im Interesse der Sache nicht zurückgenommen werden sollten.«

Quelle: Wetterauer Zeitung 22.10.2019

Besonders initiativ wurde die SPD für eine mögliche Sanierung der Evangelischen Kindertagesstätte Wintersteinstraße – hier hat Fraktionsvorsitzender Dr. Rack konstruktive Gespräche mit der Kirchenleitung Friedberg/Wetterau, mit der Landeskirche sowie mit Erzieherinnen und Eltern, auch mit der Unteren Denkmalschutzbehörde geführt. Ergebnis des auch von UWG und FDP erzeugten politischen Drucks in Verbindung mit engagierten Bürgern: Stadt-Bauverwaltung samt Dezernent (Dirk Antkowiak) sehen sich veranlasst, Erwerb oder Pachtung verbunden mit einer möglichen Sanierung der denkmalgeschützten **Kita Wintersteinstraße** nun endlich ernsthaft und sorgfältig zu prüfen. Der Ackerfläche verbrauchende, noch in der Planung befindliche mögliche Bau einer Kita Taunusstraße ist damit nicht alternativlos, kann auch durchaus noch verworfen werden.

Kaufhaus Joh: Nächster Versuch

Für die Friedberger hat »Stillstand« einen neuen Namen: Kaufhaus Joh. Erst tut sich Jahre lange nichts in dem 2013 geschlossenen Gebäude, jetzt gibt es Verwirrung um alte und neue Bebauungspläne. Die Fraktionen von SPD, FDP und UWG wollen das nicht länger hinnehmen. In einem gemeinsamen Antrag fordern sie, die Stadt solle einen städtebaulichen Vertrag ausarbeiten, der dem Investor eine Frist zur Bebauung setzt.

VON JÜRGEN WAGNER

Wird das was oder zieht sich das noch ewig hin? Das fragen sich viele Friedberger, wenn sie ans ehemalige Kaufhaus Joh denken. Das Geschäft am zentralen Elvis-Presley-Platz ist seit sechs Jahren geschlossen. Zwar gibt es einen Investor. Aber bevor die Bauarbeiten nicht beginnen, glaubt kaum einer, dass hier recht bald etwas geschieht.

Jetzt könnte Bewegung in die Sache kommen. Zumindest versprechen sich das SPD, FDP und UWG von einem gemeinsamen Antrag, den sie am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung (Beginn: 18.15 Uhr im Plenarsaal des Kreishauses) stellen. Die drei Fraktionen fordern, die (beschlossene, aber nie veröffentlichte) B-Plan-Satzung vom September 2018 weiterhin nicht zu veröffentlichen. Die zur Änderungsplanung vom Mai 2019 vorgelegten Einwände sollten während der noch laufenden Offenlage eingearbeitet werden.

Außerdem soll die Verwaltung »im Interesse der Stadtentwicklung einen städtebaulichen Vertrag ausarbeiten, in welchem dem Investor eine Bauzeitfrist und andere Festsetzungen (u.a. zur äußeren Gestaltung des Gebäudes) auferlegt werden«. Unterzeichnet ist der Antrag von Dr. Klaus-Dieter Rack (SPD), Friedrich-Wilhelm Durchdewald (UWG) und Dr. Jochen Meier (FDP). Die drei Fraktionen kommen im Stadtparlament auf 21 von 45 Sitzen; für eine Mehrheit fehlen zwei Sitze. Es bleibt abzuwarten, wie sich CDU, Grüne und Linke verhalten.

Lange Vorgeschichte

Rack als Verfasser des Antrags hat die jüngste Entwicklung zusammengefasst. Im Juni beschlossen die Stadtverordneten eine zweite Offenlage für den B-Plan. Der Investor hatte Änderungen vorgesehen, wollte das Gebäude für Wohnzwecke nutzen. Der Wetteraukreis, die »Spurenleger« und das Bürgerbündnis WIR erhoben Einwände. Der Investor wurde darüber unterrichtet. Bei einem Gespräch im Rathaus Ende Oktober verkündete er Bürgermeister Dirk Antkowiak (CDU), die Änderungsplanung für die Wohnnutzung nun nicht mehr zu verfolgen. SPD, FDP und UWG befürchten nun eine »Rolle rückwärts« zum Satzungsbeschluss vom September 2018, verbunden mit der Option, »dass eine abermalige Nutzungsänderung



Die Rückseite des Kaufhauses Joh in der Färbergasse: Zwischenzeitlich war hier eine Rampe geplant, um das Kellergeschoss als Tiefgarage zu nutzen. Das ist Schnee von gestern. FOTO: NICO MERZ

nicht ausgeschlossen sei. Damit sind die drei Fraktionen nicht einverstanden. Denn auch diese Planung stieß auf erhebliche Kritik.

Im Magistrat wurde gefordert, wegen der

Die Information der Gremien ist entgegen der Behauptungen aus dem Bauamt nicht erfolgt

Dr. Klaus-Dieter Rack (SPD)

»sinnlosen Zusatzaufwendungen des Rathauses für die erneute Überarbeitung des B-Plans« Regressansprüche gegenüber den Bauentwicklern zu prüfen. Auch wurde eine Überprüfung nach § 87 des Baugesetzbuches (»Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Enteignung«) angeregt. »Ob diese Überprüfungen stattfanden bzw. mit welchem Ergebnis, ist nicht bekannt«, heißt es im Antrag. Fakt sei: Der Satzungsbeschluss vom September 2018 wurde nie publiziert und ist somit rechtsunwirksam.

Laut städtischem Bauamt gab es unmittelbar nach Satzungsbeschluss im Herbst 2018 Änderungsvorstellungen des Investors. Darüber wurden die Stadtverordneten aber erst viel später informiert. Im Ausschuss für Stadtentwicklung hieß es, das Bauamt habe die politischen Gremien mündlich darüber informiert, dass der Satzungsbeschluss vom September 2019 nicht rechtswirksam sei. Aber stimmt das? »Dies ist weder dem Protokoll der Sitzungen zu entnehmen noch haben dies Sitzungsteilnehmer in Erinnerung.« Fakt sei auch: »So

lange weder der Satzungsbeschluss vom September 2018 rechtsgültig geworden noch die Änderungsplanung vom 10. Mai 2019 abgeschlossen ist, gilt der Ursprungs-Bebauungsplan von 1980 – mit Festsetzung zur Abstaffelung des Gebäudes zur Stadtkirche hin, die aber in der 1. Änderungsplanung (Wohnbebauung) aus welchem Grund auch immer unberücksichtigt blieben.«

Nun müsse »möglichst umgehend« ein aktueller Bebauungsplan erstellt werden, »der die Interessen der Stadt wie des Investors in ein vertragliches, zukunftsfähiges Miteinander bringt«. Dem Rathaus alleine trauen die drei Fraktionen dies »nach dem Hin und Her des letzten Jahres« offenbar nicht zu.

INFO

Offenes Verfahren

Noch ist weder der alte, noch der neue Bebauungsplan für das Kaufhaus Joh rechtsgültig. Und es gibt Einwände gegen die Pläne des Investors. »Es ist noch alles offen, ich habe nicht gegen den Antrag der drei Fraktionen«, sagt Bürgermeister Dirk Antkowiak (CDU). »Wir können das gerne diskutieren.« Wichtig sei, dass der Gebäudekomplex im Zentrum der Stadt möglichst bald wieder mit Leben gefüllt werde, sagt der Bürgermeister. »Wir brauchen dort einen Anker.« Die CDU-Fraktion hat für diese Woche die Gruppe »Spurenleger« zum Gespräch eingeladen, will sich vor einer Entscheidung in dieser Sache zunächst die Einwände der Experten anhören. jw

Quelle: Wetterauer Zeitung 11.12.2019

Auch wegen des Unmut erzeugenden Stillstands beim **Ex-Kaufhaus Joh** war es Friedbergs SPD, die nach dem Planungs-Hin-und-Her des Investors und der Nachgiebigkeit der Stadtbauplanung samt Dezernent öffentlich Forderungen nach klaren städtischen Positionen erhob - bis hin zu einem Städtebaulichen Vertrag wegen dieses für die Stadtentwicklung wichtigen Gebäudes im Zentrum. Für die Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2019 formulierte SPD-Fraktionsvorsitzender Rack in Abstimmung mit FDP und UWG einen entsprechenden Antrag, dem sich auch Grüne und Linke in Diskussion und Abstimmung anschlossen. Selbst Bürgermeister Antkowiak, Dezernent für die mehrfach kritisierte Bauverwaltung, sprach sich nun gemäß Mehrheitsposition für ein energischeres Einwirken auf den Investor aus - im Gegensatz zur CDU-Fraktion.